

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **137 (2011)**

Heft 41: **Begehrtes Wasser**

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

JEDEM LAND SEINE ENERGIEPOLITIK

Vom 4. bis 9. September 2011 trafen sich über 1800 Ingenieure, Forscher, Konzernchefs und Politiker aus über 80 Ländern an der World Engineers' Convention (WEC 2011) in Genf. Der Kongress unter dem Motto «Engineers Power the World – Facing the Global Energy Challenge» schloss planmässig mit der Verabschiedung der «Geneva Declaration – Call for Action», zeigte aber auch, dass man noch weit entfernt von einer globalen Sicht ist.

(st) Wie nie zuvor war die Vorbereitungszeit der vierten Ausgabe der World Engineers' Convention (WEC) von einschneidenden Katastrophen und Entscheiden geprägt: 20. April 2010 Ölkatastrophe Deepwater Horizon, 11. März 2011 Reaktorunfall Fukushima Daiichi. In der Folge Beschluss des stufenweisen Ausstiegs aus der Kernenergie; in Deutschland bis 2022, in der Schweiz bis 2034. Nicht zuletzt muss der Bund bis im Sommer 2012 seine Botschaft zur neuen Energiepolitik verfassen. Der Zeitpunkt der WEC 2011, die erstmals in der Schweiz stattfand, hätte nicht besser fallen können. Denn neben dem fachlichen Austausch soll die Konferenz ein Zeichen nach aussen setzen: «Nun ist es an der Politik und an der Gesellschaft der einzelnen Staaten, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit die Klimaerwärmung nicht weiter steigt», so Nationalrat Ruedi Noser, Präsident der WEC 2011.

KEINE GLOBALE SICHT

Die WEC 2011 sei zwar nicht die grösste, mit Gästen aus insgesamt 83 Ländern wohl aber die internationalste der bisher durchgeführten Konferenzen, erklärte Noser im Rahmen der Medienkonferenz. Schon im Vorfeld erhielten Interessierte auf der ganzen Welt die Gelegenheit, ihre Meinung über einen Blog in die sogenannte «Geneva Declaration – Call for Action» einfließen zu lassen (vgl. Kasten S. 39). Unter der internationalen Beteiligung hat die Deklaration laut Noser zwar an Profil verloren, doch habe – und darauf sei er stolz – eine Einigung gefunden werden können. Interessant ist Nosers Fazit aus der internationalen Zusammenarbeit: Während beispielsweise der Fokus in Europa auf einer Reduktion der globalen Erderwär-

mung liege, befassten sich die USA damit, wie sich die Gesellschaft dem Klimawandel anpassen liesse.

Wie stark national fokussiert die Sichtweisen der verschiedenen Länder sind – und wie wenig das mit Energieeffizienz zu tun hat –, zeigte sich im Lauf der Konferenz einmal mehr auf beunruhigende Weise. In Schwellenländern wie China zum Beispiel, das für rund 16% des weltweiten Energieverbrauchs verantwortlich ist und seinen Energiebedarf zu 66% mit Kohle und 17% mit Erdöl deckt,¹ ist man laut Qizhi Mao, Professor für Stadtplanung aus Peking, in erster Linie damit beschäftigt, die Lebensqualität der Bevölkerung durch eine möglichst umfassende Urbanisierung zu verbessern. Gleichzeitig wird in westlichen Ländern zwar an ressourcenschonenden Technologien geforscht – wie hocheffizienten Baumaterialien, intelligenter Gebäudetechnik oder quartierüberspannenden Haustechniksystemen –, doch fließen nach wie vor zwei Drittel der in China verbrauchten Energie über die Exportindustrie nach Europa und in die USA, wie Johannes Milde, Geschäftsleiter von Siemens Schweiz, vor Augen führte.

«ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN»

GAS UND KERNENERGIE

«Wir müssen den Schwellenländern Zugang zu neuen Technologien zu einem erschwinglichen Preis verschaffen», schickte Bundesrätin Doris Leuthard in der Eröffnungsdiskussion voraus. Bis anhin scheint allerdings in erster Linie die Erdölindustrie konkrete Projekte zur Versorgung der Schwellenländer mit günstiger Energie zu verfolgen. «Wir profitieren davon, dass bestehende Infrastrukturen genutzt werden können», so Matthias Bichsel, Leiter Projekte und Technologie bei Shell. Darüber hinaus ist Bichsel vom Zukunftspotenzial von Gas als Ersatz für Kohle und Atomstrom – wohl zu Recht – überzeugt. Laut der International Energy Agency (IEA) sind China und Indien die Länder mit den grössten Schiefergasreserven, und die wirtschaftlichen Anreize für Investitionen in diesen aufstrebenden Zweig sind offensichtlich gegeben. So haben die USA und China bereits eine Initiative gestartet, in der amerikanischen Know-how gegen zukünftige Investitionsmöglichkeiten getauscht werden soll. Weit emotionaler als die Diskussion um Gaskraftwerke wurde schliesslich die Atomdebat-

te geführt. Denn trotz Boom von Gaskraftwerken setzen viele Länder – darunter wiederum die zwei grössten Energieverbraucher China und USA – nach wie vor auf Atomkraft. Im Fokus der Diskussionen stand das Thema Sicherheit (trotz menschlichem Versagen). Dabei führten die Kernkraftbefürworter insbesondere die Sicherheitsvorzüge der Kraftwerksgeneration IV ins Feld: «Der Arbeiter kann weglaufen, ohne dass etwas geschieht», so Leonard Bond vom Pacific Northwest National Laboratory. Den massiven Ausbauplänen der Kernkraft, allen voran in China (von heute 13 AKW à 10.8 Gigawatt um rund das Vierfache bis 2015, um rund das Achtfache bis 2020)², steht jedoch die zeitliche Machbarkeit gegenüber: Bis die Kraftwerksgeneration IV mit passiver Kühlung marktreif sein wird, dürften noch 20 bis 30 Jahre ins Land gehen, und auch diese Generation ist nicht unumstritten, basiert sie doch auf in der Vergangenheit verworfenen Systemen.³

STAND DER

INTERNATIONALEN KOORDINATION

«Jedes Land hat ein Recht auf seine eigene Energiepolitik» war ein Satz, der anlässlich

WEC 2011

Nach Hannover (2000), Schanghai (2004) und Brasilien (2008) fand die 4. Ausgabe der WEC 2011 erstmals in der Schweiz (Genf) statt. Unter dem Titel «Engineers Power the World – Facing the Global Energy Challenge» diskutierten Ingenieure, Forscher, Konzernchefs und Politiker aus 83 Ländern zu sieben Schwerpunktthemen: globale Herausforderungen, Ingenieurausbildung, Mobilität und Transport, Gebäude und Megastädte, Kraftwerke und Netzwerke, erneuerbare Energie und Speicherung sowie rationaler Endverbrauch. Als weitere Höhepunkte standen ein runder Tisch mit Umwelt- und Energieministern (darunter Bundesrätin Doris Leuthard) sowie eine Special Session «Fukushima – Facts and Consequences» auf dem Programm.

WEC 2011 stand unter dem Patronat der Schweizer Eidgenossenschaft, der Unesco und der World Federation of Engineering Organizations (WFEO). Für die Organisation waren der SIA sowie die schweizerischen Verbände Swiss Engineering, Electrosuisse, die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) und die Fachkonferenz Technik, Architektur und Life Sciences (ftal) zuständig.

Weiterführende Informationen zur WEC 2011, Referate und Bilder unter: www.wec2011.ch

Ausblick

WEC 2012, Slowenien: «Sustainable Construction for People»

der Atomdebatte des Öfteren fiel. Gefordert wird seitens der Politik und der Verantwortlichen für atomare Sicherheit offiziell ausschliesslich Transparenz. Doch sowohl die vorgängigen Diskussionen um Risiken als auch die als einer der Höhepunkte erwartete Special Session «Fukushima – Facts and Consequences» stimmten diesbezüglich nur wenig optimistisch. So gingen das Referat des Geschäftsführers der Japan Atomic Energy Agency (JAEA), Sohei Okada (vgl. auch Interview TEC21 36/2011), wie auch das des ehemaligen Präsidenten der Japan Nuclear Energy Safety Organization (JNES), Hideki Nariai, nicht über einen protokollarischen Rapport hinaus. Und George Servière, Kernkraftberater beim französischen Energiekonzern EDF, relativierte schliesslich, dass viele Ereignisse in der Welt viel grössere Konsequenzen gezeitigt hätten als der jüngste Reaktorunfall – etwa die Finanzkrise.

Eine direkte Botschaft formulierte schliesslich zumindest Jean-Christophe Füeg, Leiter internationale Beziehungen beim Bundesamt für Energie (BFE): «Es steht mir nicht zu, über andere Länder zu urteilen», doch nachdem Deutschland seine sieben Atomkraftwerke abgestellt habe, warte man nun mit grosser Beunruhigung auf den Winter, brachte er den Stand der internationalen Koordination auf den Punkt.

GET THE PRICE RIGHT

Wo herrschte im Rahmen der WEC 2011 Einigkeit? Einig sind sich alle darin, dass die Zeit drängt: Wollen wir die 2-°C-Marke nicht überschreiten, müssen wir unsere CO₂-Emissionen bis 2050 auf null oder darunter bringen, rechnet Jean-Pascal van Ypersele, Vizevorsteher des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), vor.

Wenn auch nicht in Bezug auf die Energiequelle, so war sich ein Grossteil der Referenten auch darin einig, dass Emissionen ihren Preis haben müssen, nach dem Motto: «Get the price right and the market will solve your problems» (van Ypersele). Seitens der Ingenieure ging der Aufruf allerdings klar an die Politik. Bundesrätin Leuthard wiederum bestätigte, dass es höhere Preise brauche, um das Verhalten zu ändern. Um den richtigen Weg zu finden, sei die Politik jedoch auf die Hilfe der Ingenieure angewiesen – und diese fehlen ganz offensichtlich in zuneh-



01 Bundesrätin Doris Leuthard anlässlich der Eröffnung der WEC 2011 (Foto: Michael Mathis)

men dem Mass. Auch darin sind sich alle einig: Laut Matthias Bichsel von Shell sucht weltweit ein Drittel der Ingenieurbüros nach qualifizierten Mitarbeitern. Neben dem internationalen Austausch wurde an der WEC 2011 daher auch bewusst der Nachwuchs gefördert. Über 400 junge Ingenieure aus aller Welt bewarben sich für das Projekt «Young engineers – the future leaders»; 100 von ihnen arbeiteten über die Landesgrenzen hinweg an 15 Projekten. Drei der Teams wurden am Ende der WEC 2011 für ihr Projekt ausgezeichnet.

Wirklich Neues zutage gefördert hat die WEC 2011 aber leider nicht. Dass die «Deklaration von Genf», die eher auf allgemein anerkannten Fakten und Beobachtungen denn auf innovativen Gedanken basiert, tatsächlich zu «Aktionen» führen wird, ist ebenfalls zu bezweifeln. Doch wurden die richtigen Fragen zur richtigen Zeit gestellt, und es wurde eine gut organisierte Plattform geboten, diese international und auch unter Einbezug der jungen Generation von Ingenieuren zu diskutieren. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Nicht mehr und nicht weniger.

Anmerkungen

- 1 www.iea.org (Erhebungen 2008)
- 2 NZZ Online, 14. März 2011
- 3 NZZ, 7. September 2011, S. 63

«DEKLARATION VON GENF» – SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. Um jedem eine angenehme Lebensqualität zu garantieren, müssen alle Energiequellen betrachtet werden. Die Steigerung der Energieeffizienz wird das Wachstum des Energiebedarfs verlangsamen. Dies ist allerdings mit nicht zu vernachlässigenden Kosten verbunden.
2. Der Einsatz jeder Technologie erfordert eine sorgfältige Analyse der technologischen, wirtschaftlichen und ökologischen Machbarkeit der Umsetzung von wissenschaftlich soliden und technisch effizient konzipierten Lösungen.
3. Die Technologien, die wir brauchen, um die Lebensqualität weltweit erheblich zu verbessern, sind verfügbar, befinden sich in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium oder werden zurzeit in Pilotversuchen getestet. Pionierregionen werden die dominanten Industrien für die Energieversorgung der Zukunft beheimaten und langfristig von hohen Innovationsdividenden profitieren.
4. Ziel ist eine CO₂-arme Energieversorgung. Wenn das 2-°C-Ziel erreicht werden soll, ist es entscheidend, THG-Emissionen und insbesondere CO₂-Emissionen bei der Erzeugung und beim Verbrauch der verschiedenen Formen von Energie drastisch zu reduzieren.
5. Die Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft wird erhebliche Investitionen und viel Zeit erfordern. Im Bereich Verkehr wird die Umstellung nicht nachhaltiger Energieverbrauchsmuster schwierige Anpassungen erforderlich machen.
6. Einzelne Regionen oder Länder können ihre Energieversorgung autonom umstellen, ohne zwangsläufig mit Wettbewerbsnachteilen konfrontiert zu werden.

Der vollständige Text findet sich unter:
<http://www.wec2011.ch/geneva-declaration/>

NEUAUSRICHTUNG DES NORMENWESENS

Wie könnte das Normen- und Ordnungswesen des SIA in Zukunft aufgebaut sein, und wie setzen sich dessen Kommissionen zusammen? Diese zwei Fragen standen im Zentrum der vergangenen Klausur der SIA-Direktion.

«Die SIA-Normen werden von Planern, Auftraggebern (Bauherren), Unternehmern, Lieferanten und Behörden mit Einbezug der Hochschulen paritätisch erarbeitet», wird in der Normungspolitik des SIA festgehalten. Dadurch soll eine möglichst breite Akzeptanz des Normenwerks gewährleistet werden. Trotzdem hat die Zusammensetzung der Kommissionen, die hinter dem Normen- und Ordnungswerk des SIA stehen, immer wieder Anlass zu Diskussionen innerhalb der Direktion gegeben. Aus diesem Grund war der Direktionsausschuss Normen und Ordnungen an der vergangenen Direktionsklausur im Januar 2011 damit beauftragt worden, den Begriff der Parität innerhalb des SIA zu untersuchen und der Direktion einen Definitionsvorschlag zu unterbreiten. Dies zusammen mit Überlegungen zu einer Neuorganisation des Normen- und Ordnungsbereichs des SIA stand im Zentrum der Direktionsklausur vom 26. August 2011.

MEHR GEWICHT FÜR DEN SIA

Obschon mit Parität eigentlich zu verhindern versucht wird, dass Gremien durch Mehrheiten dominiert oder Minderheiten durch einfache Mehrheitsbeschaffungen ausgeschlossen werden, scheinen viele Direktionsmitglieder über die Kräfteverhältnisse in zahlreichen Normen- und Ordnungskommissionen nicht glücklich zu sein. Sie scheinen zu befürchten, dass der SIA respektive dessen Vertreter und Vertreterinnen innerhalb der Kommissionen ihre wichtige Rolle einbüßen könnten. Im Idealfall müssten ihrer Ansicht nach die Planer und Planerinnen, die in Kommissionen Einsitz nehmen, SIA-Mitglieder sein sowie in einem SIA-Büro arbeiten. Beides ist gemäss gegenwärtiger Definition in der Normungspolitik nicht zwingend erforderlich. So kann es durchaus vorkommen, dass die Anliegen der Planer und Planerinnen in einer Kommission durch Mitarbeiter der Planungsabteilung einer Verwaltung oder der Immobilienabteilung einer Grossbank

vertreten werden. Im Extremfall ist die Haltung des SIA innerhalb einer Kommission überhaupt nicht mehr vertreten. Während die Direktion in Bezug auf die technischen Normen eher zu Kompromissen bereit ist, wird bei den Ordnungen ein grosser Wert auf die SIA-Integrität der Kommissionsmitglieder gelegt. Denn am Ende ist es der SIA, der für seine Normen und Ordnungen verantwortlich zeichnet, und in erster Linie mit den Ordnungen will er die Anliegen seiner Fachleute durchsetzen.

TRENNUNG DES NORMEN- VOM ORDNUNGSBEREICH

Um eine Differenzierung zwischen Normen und Ordnungen geht es auch beim Vorschlag zur Umorganisation des Normenwesens. Im Vergleich zur bisherigen Struktur schlägt der Direktionsausschuss Normen und Ordnungen vor, den Bereich der technischen Normen klar vom Bereich der Ordnungen zu trennen. Die Zentralkommission für Normen und Ordnungen (ZNO) würde aufgelöst. Neu würde dafür, in Ergänzung zur bestehenden Zentralen Ordnungskommission (ZOK), eine Zentrale Normenkommission (ZNK) gebildet. ZOK und ZNK wären beide direkt der Direktion unterstellt. Analog zum technischen Normenbereich erhielte auch die ZOK sogenannte sektorielle Ordnungskommissionen, die sich spezifisch mit einzelnen Ordnungsbereichen befassen würden, wie Werkverträgen, Leistungen oder Vergabewesen. Die Präsidenten der ZOK und der ZNK, so der Vorschlag, würden beide Einsitz in der Direktion nehmen. Und nicht zuletzt würde auch der Direktionsausschuss Normen und Ordnungen in eine die Direktion strategisch beratende Fachkommission überführt werden. Unbestritten schien innerhalb der Direktion nach wie vor der Vorschlag zur Aufteilung der technischen Normen und der Ordnungen auf zwei getrennte Bereiche. An einer übergeordneten Normierungs- und Ordnungspolitik will man aber weiterhin festhalten. Im Verlaufe der Diskussion wurde auch erneut die Frage aufgeworfen, ob nicht die Nomenklatur anzupassen sei, weg von «Normen» und «Ordnungen» hin zu «technischen Normen» und «Vertragsnormen». Vereinzelt äusserten sich überdies kritisch in Bezug auf die Rolle der beratenden Fachkommission, die den Direktionsausschuss Normen und

Ordnungen ersetzen soll. Sie kompliziere die Prozesse und bringe die Direktion in eine nicht einfache Position zwischen der Fachkommission und der ZNK respektive der ZOK. Auch befand die Direktion die vorgeschlagene Anzahl Fachkommissionsmitglieder als zu hoch. Und schliesslich wurde auch infrage gestellt, ob die direkte Einsitznahme der Präsidenten der ZOK und der ZNK in der Direktion richtig sei. Würden nämlich in Zukunft, wie in der übergeordneten Organisationsentwicklung schon einmal in Erwägung gezogen, die Berufsgruppenpräsidenten auch gleichzeitig Mitglieder der Direktion, wären zusammen mit dem Präsidenten des SIA, den Präsidenten der ZOK und der ZNK und dem Präsidenten der Bildungskommission bereits 8 der maximal 13 Direktionsmitglieder gesetzt. Damit würde einigen Direktionsmitgliedern das Korsett für die Konstituierung des obersten Exekutivorgans des SIA zu eng.

Es bleibt nun die schwierige Aufgabe des Direktionsausschusses Normen und Ordnungen, den Input aus der Direktion zu verarbeiten, mit den betroffenen Organen und insbesondere der ZOK zu besprechen und den vorliegenden Vorschlag bis zu einer der nächsten Direktionssitzungen zu überarbeiten.

Thomas Müller, Leiter Kommunikation SIA

WAHLEN IN KOMMISSIONEN

An der ordentlichen Sitzung im Anschluss an die Klausur wurden von der Direktion folgende Personen in Kommissionen gewählt:

- Kommission SIA 181 Schallschutz im Hochbau: Stefanie Litjens, Bauingenieurin, Bern; Franz-Xaver Kuster, Geograf, Bern
- Kommission SIA 385 Warmwasser: Alexander Herzog, Chemiker und Wirtschaftsingenieur, Zürich
- Kommission SIA 384/7 Grundwassererwärmung: Bernard Matthey, Hydrogeologe, Aproz
- Kommission SIA 103 Honorare für Bauingenieure: Patrick Gartmann, Bauingenieur und Architekt, Chur
- Zentrale Ordnungskommission (ZOK): Patrick Gartmann, Bauingenieur und Architekt, Chur
- Kommission Frau und SIA: Melanie Franko, Architektin, Zürich; Katia Frey, Kunsthistorikerin, Zürich; Zeliha Kuscuoglu, Diplomingenieurin, Zürich; Stefanie Berchtenbreiter-Overbeck, Lausanne; Britta Roth, Architektin, Zürich
- Kommission SIA 112 Leistungsmodell: Marco Waldhauser, HLK-Ingenieur, Dornach

RISIKOSTOFFE IN GEBÄUDEN

Menschen halten sich zu über 80 % der Zeit in Innenräumen auf. Gerade bei energetischen Sanierungen, die oft zu einer dichteren Bauhülle führen, ist eine Beurteilung der vorhandenen Risikostoffe daher für die Gesundheit essenziell.

Laut Daten aus dem deutschen Umwelt-Survey verbringen wir im Sommer rund 19 und im Winter rund 21 Stunden am Tag in geschlossenen Räumen, entsprechend wichtig ist die Raumluftqualität. Im Moment liegt der Handlungsdruck klar auf der energetischen Seite, was auch sinnvoll ist. Gleichzeitig ist eine energetische Gebäudesanierung aber auch Anlass, um eine Untersuchung bezüglich Gebäudeschadstoffen durchzuführen. Denn eine dichtere Gebäudehülle verändert den Luftwechsel und kann eine massive Verschlechterung der Raumluftqualität verursachen.

SCHADSTOFFQUELLEN

Für ein gesundes Innenraumklima müssen viele Faktoren stimmen. Dazu gehören die Aussenluft, der Bauuntergrund und verschiedene Quellen im Gebäudeinnern, wie Konstruktionen, Materialien, Einrichtungsgegenstände und, nicht zu vergessen, auch die Aktivitäten der Bewohnenden. Für einige Stoffe können toxikologisch abgeleitete Richtwerte herangezogen werden, für die wenigsten Stoffe gibt es jedoch verbindliche Grenzwerte für die Raumluft.

Ein einfaches Rezept zur Aufspürung von Schadstoffen gibt es nicht. Für gewisse Schadstoffe wie Teeröle oder Asbest ist aber bekannt, in welcher Zeitperiode sie einge-

setzt wurden. So lag der Einsatzpeak von Asbest zwischen 1950 und 1970, und genau diese Bauten werden jetzt vermehrt saniert. Seit Januar 2009 ist in der Bauarbeitenverordnung festgehalten, dass bereits vor Arbeitsbeginn bei Sanierungs-, Rückbau- oder Unterhaltsarbeiten abgeklärt werden muss, ob mit Asbest oder PCB zu rechnen ist.

VORGEHEN

Zur Bewertung des Schadstoffgehalts innerhalb eines Gebäudes sind drei Etappen nötig: die Untersuchung, die Bewertung und schliesslich die Handlung.

Untersuchungsarten gibt es viele. Teilweise sind sie normiert und verbindlich. Zum Beispiel hat die Vereinigung Asbestberater Schweiz (VSBA) ein Pflichtenheft für Asbestdiagnosen definiert und unterscheidet zwischen «Gebäudechecks» und «Gebäude-screensings».

Bei der Schlussbewertung und dem Entschluss, ob man sanieren muss oder nicht, ist die Gefährdung der Nutzer massgeblich. Bei Asbest gibt es Bewertungskriterien gemäss dem FACH-Merkblatt (Forum Asbest Schweiz), für Radon einen Grenzwert, für Formaldehyd und PCB gibt es Richtwerte. Für alle anderen Schadstoffe existieren jedoch keine gesetzlichen Vorgaben und Regelungen.

BEWERTUNG UND ZERTIFIZIERUNG

2005 hat der SIA die Empfehlung SIA 112/1 *Nachhaltiges Bauen – Hochbau* veröffentlicht. Durch eine bewusste Auswahl einzelner Schwerpunktthemen ist es damit möglich, prioritäre Ziele zum nachhaltigen Bauen zu

formulieren. Für das Innenraumklima etwa wird auf die Planungsleistung Innenraumklima verwiesen. Diese legt fest, wer in welcher Planungsphase des Projekts mit welchen Instrumenten was festlegen muss, damit am Ende ein gutes Innenraumklima entsteht. Diese Planungsleistung umfasst sowohl die klassischen Gebäudeschadstoffe wie Asbest, PCB, Teeröle als auch neue, durch den Bau ins Gebäude gebrachte Stoffe, zum Beispiel Lösemittel oder Formaldehyd. Die Raumluftqualität wird schliesslich mit Abschlussmessungen überprüft. Als Zielgrössen können die Kriterien der verschiedenen Gebäudelabel wie Minergie-Eco, DGNB-Swiss oder des Labels GI Gutes Innenraumklima herangezogen werden.

Enrico Bellini, Bereichsleiter integraler Bauprozess bei sanu, ebellini@sanu.ch

Reto Coutalides, Inhaber Bau- und Umweltchemie, reto.coutalides@raumlufthygiene.ch

FACHSEMINAR

«Risikostoffe in Gebäuden: Wie kann ein gutes Innenraumklima garantiert werden?»

Welche Schadstoffe müssen berücksichtigt werden? Wie macht man eine Diagnostik? Was ist Pflicht, was freiwillig? Welche Messanalytik wird benötigt? Diese und weitere Fragen um die Optimierung der Raumluftqualität bei Neubauten, Sanierungen und Ersatzneubauten werden im Fachseminar behandelt. In Workshops erhalten die Teilnehmenden einen Einblick in bekanntere Schadstoffe, wie Asbest, PAK und PCB, aber auch in weniger bekannte, zum Beispiel Teeröle und biologische Schadstoffe.

Datum: 17.11.2011, 9–17 h, Technopark Zürich
Kosten: Firmenmitglieder SIA 450 Fr., Mitglieder SIA 550 Fr., Nichtmitglieder 650 Fr.

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.sanu.ch/html/angebot/seminare/IB11RM-de.cfm

KURZMITTEILUNGEN

ABSCHIEDSFEIER DANIEL KÜNDIG

(**sia**) Anlässlich seines Rücktritts als Präsident des SIA lädt Daniel Kündig am 21. Oktober 2011 ins Zürcher Mascotte ein. Der Anlass mit Apéro riche beginnt um 18.30 Uhr (Türöffnung 18 Uhr) und wird musikalisch vom Trio Bovet-Vulliet-Jörg begleitet. Zur Feier sind alle SIA-Mitglieder willkommen! Eine Anmeldung per E-Mail ist erforderlich.

Die Platzzahl ist beschränkt. Die Reservationen erfolgen in der Reihenfolge der eingehenden Anmeldungen.

abschiedsfeier@sia.ch

VERNEHMLASSUNGEN

(**sia**) Der SIA unterbreitet folgende Normentwürfe zur Vernehmlassung:

– SIA 329 *Vorhangfassaden*

– SIA 331 *Fenster und Fenstertüren*

Die Normentwürfe sowie das Word-Formular für Stellungnahmen sind auf der SIA-Website abrufbar. Stellungnahmen sind mithilfe des Formulars bis zum 18. November 2011 per E-Mail einzureichen an: giuseppe.martino@sia.ch. Stellungnahmen in anderer Form können nicht berücksichtigt werden.

www.sia.ch/vernehmlassungen